

Arbeitsrecht

(Nr. 78/2004)

AGB - Kontrolle von Ausgleichsquittungen

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Schleswig-Holstein entschied:

Leitsätze:

1.

Eine untergeschobene formularmäßige verwandte Ausgleichsquittung, die eine unentgeltliche Verzichtserklärung des Arbeitnehmers ohne kompensatorische Gegenleistung des Arbeitgebers beinhaltet, stellt eine unangemessene Benachteiligung im Sinne des § 307 Abs. 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) neuer Fassung (n.F.) dar. Sie ist unwirksam.

2.

Der Unzulässigkeit einer derartigen Vereinbarung stehen keine im Arbeitsrecht geltenden rechtlichen Besonderheiten nach § 310 Abs. 4 Satz 2 BGB entgegen.

Urteil des LAG Schleswig-Holstein v. 24. September 2003
Aktenzeichen : 3 Sa/03 - rechtskräftig

Veröffentlicht: Betriebs-Berater Nr. 11 vom 15. März 2004
17.03.2004